

Kornai, János

Article — Digitized Version

Der Beitritt zur Europäischen Union - Implikationen für Mittel- und Osteuropa

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Kornai, János (1996) : Der Beitritt zur Europäischen Union - Implikationen für Mittel- und Osteuropa, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, ISSN 0340-1707, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 65, Iss. 1, pp. 89-96

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/141125>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der Beitritt zur Europäischen Union — Implikationen für Mittel- und Osteuropa

Von János Kornai¹

1. Einführung

In meinem Vortrag will ich versuchen, einige Gedanken zur EU-Erweiterung unter dem Aspekt der mittel- und osteuropäischen Länder darzulegen. Das Thema habe ich im vorhinein begrenzt, denn im Grunde beschränken sich meine Ausführungen auf die sechs Länder, die ein Europa-Abkommen mit der EU haben, also Bulgarien, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechien und Ungarn. Wenn ich im folgenden von der „Region“ spreche, ist diese Ländergruppe gemeint, erweitert durch Slowenien, das in der marktwirtschaftlichen Entwicklung in hohem Maße vorankommt. Obwohl ich mich bemühe, die Gesichtspunkte dieser Region insgesamt zu behandeln, muß ich doch gleich vorausschicken, daß meine Überlegungen natürlich unweigerlich dadurch gefärbt sind, daß ich Ungar bin und meine unmittelbare Erfahrung vor allem aus Ungarn beziehe.

Ich möchte noch betonen, daß ich nicht den offiziellen Standpunkt der ungarischen Regierung wiedergebe. Ich bin akademischer Forscher, mich binden keine diplomatischen Erwägungen. Mein Anliegen ist es einzig und allein, den Teilnehmern der Konferenz ein aufrichtiges und objektives Bild zu vermitteln.

2. Nutzen und Kosten — aus mittel- und osteuropäischer Sicht

In jedem Land der Region sind die Meinungen über den Nutzen, die Kosten und die Risiken der vollrechtlichen EU-Mitgliedschaft geteilt. Im nachfolgenden werde ich nicht nur die Ansichten darlegen, mit denen ich selbst übereinstimme, sondern auch jene, von denen ich nicht überzeugt bin bzw. die ich entschieden ablehne.

An dieser Stelle muß ich gleich hinzufügen, daß sich bisher noch keine scharfe Diskussion über den Beitritt zur EU entfaltet hat. Mit dem Problem ist eher der Teil des Staatsapparates befaßt, für den die Kontakte zur EU und die Vorbereitung des EU-Beitritts zu den offiziellen Pflichten gehören; des weiteren ist es eine Frage, die die akademischen Forscher dieses Themenbereichs beschäftigt. Die im Parlament vertretenen Parteien äußern sich gewöhnlich auf

der Ebene allgemeiner Rhetorik für den Beitritt; häufig ist bei politischen Auseinandersetzungen als Slogan auch zu hören, welche Verhaltensnormen das „Europäertum“ erfordert. Die Frage wird sich vermutlich dann verschärfen, wenn der Beitritt unmittelbar auf der Tagesordnung steht, obgleich irgendeine Konfliktsituation auch schon früher auftauchen könnte. Die öffentliche Meinung befindet sich vorerst eher in einem oberflächlichen, naiven Erwartungszustand. Etwas karikiert könnte ich das Denken der meisten Leute etwa so charakterisieren: „Irgendwann einmal werden auch wir Mitglied der Europäischen Union sein, und dann wird sich sicher auch das Leben dem Niveau annähern, das die übrigen Bürger der Union genießen“. Es ist ein erstes Versäumnis der Politiker, der Presse und der Massenmedien der Region, daß sie die Vor- und Nachteile der Mitgliedschaft und die Probleme auf dem Wege zur Union nicht genügend erklären.

Es sind schon mehrere — vorerst nicht sehr überzeugende — Studien erarbeitet worden, die wenigstens teilweise versucht haben, die Auswirkungen der Veränderungen zu berechnen. Die Erstellung von gründlichen zahlenmäßigen Analysen zum Nachweis des Nutzens und der Kosten des Beitritts wäre ein wichtiger Bestandteil der Vorbereitungsarbeit. Untersuchen wir nun genauer die wichtigsten Erträge, Kosten und Risiken.

Das wichtigste Argument für den Beitritt zur EU ist nicht wirtschaftlicher, sondern politischer und kultureller Natur. In den mittel- und osteuropäischen Gesellschaften ist das Bewußtsein, ein organischer Bestandteil der europäischen Kultur und der historischen Gemeinschaft Europas zu sein, tief verwurzelt. Diesen Platz haben uns die vergangenen Jahrhunderte bestimmt; mit Europa verbinden uns tausend Bande der Kultur und der Zivilisation. Ob wir zu Europa gehören, hängt nicht von der Erlaubnis des Westens ab. Wir sind Europäer! Dieses ganz entschiedene Europa-Bewußtsein wird durch eine Art Sehnsuchtsgefühl ergänzt, in das sich, menschlich verständlich, Neid und

¹ Allie S. Freed Professor of Economics, Harvard University, Cambridge/Mass., und Permanent Fellow, Institute for Advanced Study, Collegium Budapest. — Der Beitrag wurde von Hannelore Schmörr-Weichenhain ins Deutsche übersetzt.

Wut über die historischen Katastrophen der Vergangenheit mischen. Es ist nicht die Schuld der heutigen Tschechen, Bulgaren oder Ungarn, daß sie aus dem gesunden Strom der europäischen Gemeinschaft herausgeschleudert wurden und statt dessen lange Zeit in stehendes Wasser oder gar in eine entgegengesetzte Strömung gerieten. Die Menschen der Region empfinden es als ungerecht, daß sie zurückgeblieben sind, daß ihr Lebensstandard nur ein Bruchteil des westlichen ausmacht — und sie erwarten, von denen, die besser dran sind, endlich in ihren Kreis aufgenommen zu werden.

Hinzu kommt noch eine gute Portion Mißtrauen, das die Bewohner der Region dem Osten gegenüber empfinden. Zwar ist die Sowjetunion zusammengebrochen, doch auch unter diesen Umständen möchte ein großer Teil der Mittel- und Osteuropäer nicht zwischen West und Ost in der Schwebe bleiben, sondern hegt vielmehr den Wunsch, die Zugehörigkeit zum Westen endgültig und institutionell zu stabilisieren.

Viele drängen auch auf die EU-Mitgliedschaft, weil dieser eine disziplinierende und erziehende Kraft innewohnt. Die Rechtsordnung der Gemeinschaft ist über die Institution der einzelnen Länder hinaus eine zusätzliche Garantie gegen jegliche antidemokratischen Auswüchse oder Mißgriffe.

Ich glaube, die große Mehrzahl (auch ich zähle mich dazu) ist aufgrund all dieser Überlegungen bereit, für die vollrechtliche Mitgliedschaft in der EU einen Teil der nationalen Souveränität aufzugeben. Es wird aber auch spürbar, daß ein gewisser Widerstand dagegen existiert. Ein spezifisches Vorspiel dessen ist der Widerstand, der den „Einmischungen“ von seiten des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und überhaupt der internationalen Finanzwelt entgegengebracht wird. Vorerst werden diese Institutionen eher die ausländischen Mächte, die die nationale Unabhängigkeit verletzen, verkörpern. In ihnen manifestieren sich das ausländische Kapital und die Bürokratie, die die Eigentümlichkeiten und die Selbständigkeit

Tabelle 1
Entwicklung und Gewicht des Imports der EU an Industriegütern aus den mittel- und osteuropäischen Ländern
in vH

Sektor	Anstieg des Importwertes		Anteil am Import aus Drittländern		Marktanteil innerhalb der EU	
	1987-89	1989-92	1987-89	1990-92	1987-89	1990-92
Erzbergbau	16	20	0,4	0,5	0,4	0,5
Metallverarbeitung	25	14	4,3	6,2	0,9	..
Sonstiger Nichtmetall-Bergbau	13	40	1,8	3,6	na	1,3
Verarbeitung der nichtmetall. Bergbauprodukte	15	31	11,4	15,9	0,4	..
Chemische Erzeugnisse	10	14	4,0	4,7	0,4	0,7
Synthetische Fasern	12	16	4,5	5,6	0,0	0,0
Metallerzeugnisse	19	49	4,1	8,1	0,2	0,4
Maschinen	21	23	1,9	2,8	0,3	0,5
Büromaschinen und Datenrechner	-7	68	0,1	0,1	0,0	0,0
Elektrische Anlagen	21	29	1,0	1,6	0,2	0,3
Fahrzeuge	12	39	1,6	2,2	0,1	0,2
Sonstige Verkehrsmittel	-18	44	0,7	0,7	0,1	0,2
Gerätebau	2	33	0,4	0,5	0,1	0,2
Lebensmittel, Getränke und Tabakwaren	19	4	5,6	6,9	0,3	0,3
Textilien	-4	25	3,6	4,3	0,6	0,9
Leder und Lederwaren	8	32	2,3	3,9	0,7	1,3
Fußbekleidung und Konfektion	8	30	8,0	9,9	1,9	2,7
Holz und Holzmöbel	7	17	8,3	9,8	1,3	1,5
Papier und Papierwaren	16	14	1,2	1,5	0,1	0,2
Gummi und Plastik	16	26	2,8	3,6	0,2	0,3
Sonstige Industrieerzeugnisse	5	24	1,4	1,7	2,1	2,5

Quelle: European Commission, Trade Liberalization with Central and Eastern Europe, European Economy, Supplement A, Nr. 7, Juli 1994, S. 5. Die Tabelle wurde übernommen aus: Peter Bofinger, „The Political Economy of the Eastern Enlargement of the EU, CEPR, Discussion Papers, Nr. 1234, 1995.

der einzelnen Nationen mißachten. Es wäre falsch, wollten wir nicht zur Kenntnis nehmen, daß die verschiedenen Stufen und Strömungen von Nationalismus, Chauvinismus und Fremdenhaß in der ganzen Region eine bedeutende Kraft darstellen. Ihr Widerstand wird sicher noch erstarken, wenn die Beschränkungen der nationalen Souveränität und die Unterordnung der nationalen Gremien und Rechtsvorschriften unter die supranationalen Gremien und Rechtsvorschriften in den Gesetzentwürfen Gestalt annehmen.

Das verbindet sich bei vielen mit einem Mißtrauen gegenüber der Brüsseler Bürokratie. Es kommt die Befürchtung auf, daß nun, da wir uns von der Bürokratie des Moskauer COMECON und der Beeinflussung durch den sowjetischen Gosplan befreit haben, in Brüssel ein neues bürokratisches Monster entsteht. Wir wollen nicht leugnen, daß diese Besorgnis — auch wenn die Furcht übertrieben und die Analogien in vieler Hinsicht verzerrt sind — nicht völlig aus der Luft gegriffen ist.

Große Anziehungskraft entfaltet die EU mit jenen wirtschaftlichen Vorteilen, wie sie mit allen großen regionalen Integrationen verbunden sind. Die meisten Länder der Region sind klein, nur Polen könnte als ein mittelgroßes Land bezeichnet werden. Diese kleinen bis mittleren Länder können außerhalb der großen Integrationen nicht recht vorwärtskommen, u.a. weil sie nicht in ausreichendem Maß die Vorteile der economies of scale wahrnehmen können. Es ist eine triviale Wahrheit, doch sei sie an dieser Stelle wiederholt: Die wirtschaftliche Hauptanziehungskraft besteht darin, daß wir mit dem Beitritt einen freien Zugang zum großen europäischen Markt gewinnen. Innerhalb der Wirtschaftszweige kann sich die Arbeitsteilung, der intra-industrielle Handel entfalten; alle Zweige, Sektoren und Unternehmen mit komparativen Vorteilen finden ihren Platz.

Die erste Tabelle verdeutlicht, welche Industriezweige das größte Wachstum ihrer Exporte in die EU zu verzeichnen haben. Gleichzeitig wird aufgezeigt, daß trotz des Wachstums der mittel- und osteuropäische Anteil auf dem Markt der Europäischen Union sehr gering geblieben ist.

Den Nutzen aus der Größe des integrierten Marktes ziehen der Verbraucher und die Gesamtwirtschaft. Aber natürlich ist klar, daß es unter den Produzenten, Importeuren und Exporteuren Gewinner und Verlierer geben wird. Vorerst äußert sich noch kein großer Widerstand, doch bei denen, die verlieren oder die meinen, daß sie zu den Verlierern gehören könnten, wird der Widerstand zunehmen. Sie werden zum Schutze ihrer eigenen Interessen auf die Verhandlungen Druck ausüben. Das könnte die Vorbereitungen auf den EU-Beitritt verlangsamen, im schlechtesten Falle sogar blockieren.

Einen wichtigen Vorteil sehen die Anhänger der EU-Mitgliedschaft darin, daß ihre Länder dann an den Subventionen (Strukturfonds und Kohäsionsfonds) beteiligt werden, die das EU-Budget den relativ zurückgebliebenen Ländern

gewährt. Ich glaube, diesbezüglich macht man sich auch falsche Illusionen. Einige sind der Meinung, daß es sich eben wegen dieser direkten materiellen Zuwendungen lohne, der EU beizutreten. Dies, obwohl doch gerade diese Frage unter den EU-Mitgliedern, die gegenwärtig an den Zuwendungen dieser Programme teilhaben, den meisten Widerstand auslöst. Ich werde im folgenden noch darauf zu sprechen kommen.

Die Reaktion auf die Perspektive, daß sich mit dem Beitritt die Grenzen öffnen, ist in der Region nicht einheitlich. Viele sehen der Tatsache, daß die vollrechtliche Mitgliedschaft den ausländischen Kapitalzufluß beschleunigt, mit berechtigtem Optimismus entgegen. Bisherige Beitritte, zum Beispiel die Aufnahme der südeuropäischen Staaten in die EG, haben einen großen Anstoß für ausländische Direktinvestitionen gegeben. Nach Mittel- und Osteuropa ist auch bisher schon in bedeutendem Maße Kapital geflossen, nicht zuletzt aus der EU (siehe Tabelle 2). So können auch wir mit einer Beschleunigung des Kapitalzuflusses rechnen, denn die Mitgliedschaft in der EU stärkt das Vertrauen und mindert für den Investor das Länderrisiko.

Was aber die ausländischen Investoren anzieht, das irritiert jene, in denen ein besonders intensives Nationalgefühl lebendig ist. Hier vermischen sich verständliche Besorgnis mit nationalistischer Übertreibung und Engstirnigkeit; man glaubt, die Nation vor der ausländischen Eroberung und der Ausbeutung der nationalen Werte bewahren zu müssen.

Die Befürworter des Beitritts sehen auch in der Freizügigkeit für Arbeitskräfte ein Positivum. Sie hoffen, daß sich dann die gut qualifizierten ausländischen Fachkräfte eher in der Region niederlassen werden. Wer dem individuellen Fortkommen in seiner Wertordnung einen besonders hohen Stellenwert beimißt, der beurteilt auch die Tatsache, daß den Menschen der osteuropäischen Region größere Karrieremöglichkeiten offenstehen werden, nicht negativ. Viele wiederum denken besorgt daran, daß sich dann der brain-drain beschleunigen wird.

3. Makroökonomische Folgen auf dem Weg zur Mitgliedschaft

Eine breite Literatur befaßt sich damit, welche meso- und mikroökonomischen Folgen die strukturelle Umgestaltung mit sich bringt, die bei der Vorbereitung auf die EU-Mitgliedschaft notwendig wird. Es ist bekannt, daß einzelne Zweige, Sektoren oder Unternehmen, vor allem jene, die mit ihrem Export innerhalb der EU auf keinen formellen oder informellen Widerstand stoßen, durch den Beitritt zur Union viel gewinnen können. Andere Zweige, Sektoren oder Unternehmen werden voraussichtlich Verluste erleiden. Sie werden im Export nicht konkurrenzfähig sein beziehungsweise gegenüber dem Import aus den alten Mitgliedsländern der EU zurückbleiben. Weniger aber befaßt sich die Literatur damit, welche Folgen der Weg zur EU-Mitgliedschaft voraussichtlich unter makroökonomi-

Tabelle 2

**Struktur der Bestände an Direktinvestitionen¹⁾
in den mittel- und osteuropäischen Ländern nach Ursprungsländern
in vH**

	EU	EFTA	USA	Sonstige	Hauptursprungsländer (vH)
Bulgarien	70,5	13,4 ²⁾	6,5	9,6	Deutschland (42) Holland (11)
Polen	30,1	16,8	43,7	9,4	USA (44) Italien (11)
Rumänien	61,8	4,2	10,0	24,0	Großbritannien (14) Italien (13) Frankreich (11) USA (10)
Slowakei	34,3	29,2 ³⁾	13,6	22,8	Österreich (25) Deutschland (22)
Slowenien	63,1	29,9	0,8	6,2	Deutschland (41) Österreich (28)
Tschechien	54,6 ⁴⁾	10,6 ²⁾	27,9	7,0	Deutschland (31) USA (28)
Ungarn	41	14,0 ⁵⁾	29,0	16,0	USA (29) Deutschland (20) Österreich (14)

¹⁾ Bulgarien: Mai 1993, Slowenien: September 1993, Tschechien: Januar 1994, Ungarn: August 1993, Polen: Juni 1993, Rumänien: 27. September 1993, Slowenien: Mai 1991. — ²⁾ Österreich und Schweiz. — ³⁾ Österreich und Schweden. — ⁴⁾ Belgien, Frankreich, Deutschland und Italien. — ⁵⁾ Österreich.

Quelle: Die Tabelle wurde übernommen aus: Agarwal, J.P., Hiemenz, U., Nunnenkamp, P.: European Integration: A Threat to Foreign Investment in Developing Countries, Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 246, 1995.

schem Aspekt haben wird. Im Rahmen dieser kurzen Studie habe ich hier nur die Möglichkeit, auf einige dieser Auswirkungen hinzuweisen.

Das erste, was als Auswirkung der Annäherung an die EU spürbar wird, ist die Entwicklung der Handelsbilanz. Nach dem Zusammenbruch des COMECON hat sich der Schwerpunkt im Außenhandel der Region überraschend schnell in Richtung der OECD-Länder im allgemeinen und innerhalb dieser in Richtung der EU verschoben (siehe Tabelle 3) (Faini/Portes 1995; Drábek/Smith 1995). Das ist an und für sich eine sehr erfreuliche und gesunde Veränderung, die aber in vieler Hinsicht auch problematische Züge trägt.

Überall, wenngleich je nach Land in unterschiedlichem Ausmaß, läßt sich die Tendenz beobachten, daß zwar der Export in die EU rasch steigt, daß der Import aus der EU aber noch schneller zunimmt. Das ist der Fall, obwohl nach den Assoziierungsverträgen die Handelsbarrieren in der EU schneller abgebaut werden als in der mittel- und osteuropäischen Region. Dafür gibt es viele Ursachen:

- Nach der alten, schweren Rezession ist die mittel- und osteuropäische Wirtschaft in eine Phase der Belebung getreten; die Investitionen nehmen rasch zu. Die Investoren wiederum wollen die neuen Kapazitäten mit möglichst modernen Maschinen und Ausrüstungen errichten.
- Der Verbraucher, der bisher Produkte guter Qualität entbehren mußte, ist bereit, für westliche Waren einen höheren Preis zu zahlen. Die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen, Arzneimitteln, Kosmetikartikeln, Haushaltsgeräten usw. aus der EU steigt sprunghaft an.
- In einem Teil der Länder ist die Landeswährung überbewertet, der Import ist zu billig.

Was auch immer die Ursache sein mag, Tatsache ist, daß der Importbedarf für Produktion und Verbrauch sehr hoch ist. Darum dürfte eine negative Außenhandelsbilanz mit der EU von Dauer sein. Das ist für die EU-Exporteure günstig, kann aber in der laufenden Zahlungsbilanz einiger Länder der Region zu ernststen Schwierigkeiten führen.

Tabelle 3

EU-Anteil am Außenhandel Mittel- und Osteuropas

Land	Jahr	Export	Import	Handelsbilanz
		vH		Mill. \$
Bulgarien	1989	25,3	43,5	-1 024
	1990	33,9	53,8	-392
	1991	39,3	50,9	-264
	1992	40,8	53,2	-281
	1993 ¹⁾	38,7	50,7	
Polen	1989	32,1	33,8	74
	1990	46,8	42,5	1 060
	1991	55,6	49,9	-1 997
	1992	55,6	53,1	-1 409
	1993 ¹⁾	56,5	54,7	-2 389
Rumänien	1989	26,7	6,1	2 058
	1990	31,4	19,6	439
	1991	34,2	27,4	188
	1992	32,5	37,5	-572
	1993 ¹⁾	32,2	41,0	
Tschechien und Slowakei	1989	25,7	26,0	-221
	1990	32,0	31,1	99
	1991	40,7	32,1	337
	1992	49,5	42,0	-1 054
	1993 ¹⁾	46,6	46,3	-1 237 ²⁾
Ungarn	1989	27,7	28,5	-415
	1990	34,2	30,9	162
	1991	46,7	39,2	281
	1992	49,8	42,7	600
	1993	46,5	40,1	-894
	1994	51,0	45,3	-1 143

1) Schätzung. — 2) Tschechien.
Quellen: IWF, Handelsstatistisches Jahrbuch, 1993; IMF, World Economic Outlook May 1994; Eurostat, External Trade Monthly Statistics, Nr. 10/1995. — Angaben des Ministeriums für Industrie und Handel der Republik Ungarn, 1994; OECD, Trade by Commodities, Series A, 1994. Die Tabelle wurde übernommen aus: Palánkai, Tibor (Hrsg.): Az európai integráció gazdaságtana [Wirtschaftslehre der europäischen Integration], Budapest, Aula 1995.

Große Probleme bereiten in mehreren Ländern auch die bis dahin angehäuften Schulden. Eine anhaltend negative Handelsbilanz ruft — vor allem, wenn parallel dazu nicht genügend ausländische Direktinvestitionen ins Land fließen — beständig einen hohen Finanzierungsbedarf in Fremdwährung hervor. Was die Auslandsschulden betrifft, sind die Ökonomen dieser Länder in ihrer Einschätzung ambivalent. Einerseits spüren sie, daß für die großen Investitionen der Umgestaltung ein Netto-Ressourcentransfer erforderlich ist. Andererseits fürchten sie sich zu recht vor der Schuldenfalle und schweren Schuldendienstlasten, die die Wirtschaft in eine immer tiefere Verschuldung stürzen.

Neben den externen Makroauswirkungen machen sich auch innere fiskalische Spannungen bemerkbar. Ich will nur einige Beispiele nennen. Die Ausweitung der Freihandelszonen ist mit einem Zollverlust verbunden. Die Entwicklung der Infrastruktur, die eine unentbehrliche Voraussetzung für die strukturelle Anpassung darstellt, verlangt neben anderen Ressourcen auch einen staatlichen Finanzierungsbeitrag. Sehr kostspielig sind auch die Rechtsharmonisierung und andere administrative Vorbereitungen auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft. All diese fiskalischen Belastungen treten eben zu dem Zeitpunkt auf, wo viele Länder der Region sowieso schon mit einem hohen Defizit zu kämpfen haben.

Tabelle 4 bringt zur Veranschaulichung einige Daten über die makroökonomischen Gleichgewichtsstörungen der Region, wobei diese dem Thema zuliebe mit den makroökonomischen Anforderungen des Maastrichter Vertrages verglichen werden.

Die EU hält sich anscheinend von einer Hilfestellung bei der Bezwingung der makroökonomischen Gleichgewichtsprobleme völlig fern, obwohl ein Teil dieser Spannungen

gerade durch die Absicht, sich der EU anzupassen, ausgelöst wird. Ich sehe wohl ein, daß diese Probleme im Grunde genommen jedes Land für sich lösen muß. Trotzdem sollten unsere westlichen Freunde noch einmal erwägen, ob es tatsächlich begründet ist, die Länder, die sich auf den Beitritt zur EU vorbereiten und unter den Lasten der Umgestaltung stöhnen, bei diesen Problemen völlig sich selbst zu überlassen.

Tabelle 4

Erfüllung der Maastrichter Kriterien¹⁾ im Jahre 1993

	Inflationsrate (vH)	Zins (%)	Staatsverschuldung (in vH des BIP)	Staatshaushaltsdefizit (in vH des BIP)
Kriterium	3,0 ²⁾	8,7 ³⁾	60	3,0
Europäische Union				
<i>3 Kriterien erfüllen:</i>				
Großbritannien	1,6	7,6	47	8,2
Frankreich	2,1	7,0	57	6,0
Luxemburg	3,5	7,5	7	2,5
Österreich	3,7	6,6	57	2,9
<i>2 Kriterien erfüllen:</i>				
Belgien	2,7	7,2	142	7,0
Dänemark	1,3	7,2	66	4,3
Deutschland	4,1	6,5	46	4,0
Irland	1,6	8,1	92	3,2
Niederlande	2,2	6,5	81	4,1
Finnland	2,2	10,0	60	9,1
<i>1 Kriterium erfüllen:</i>				
Portugal	6,7	8,7	68	8,2
Spanien	4,7	10,5	57	7,2
<i>Kein Kriterium erfüllen:</i>				
Griechenland	14,7	23,9	98	14,8
Italien	4,3	11,3	114	9,7
Schweden	4,5	8,8	67	14,7
Osteuropäische Länder ⁴⁾				
Bulgarien ⁵⁾	85	52	..	11,5
Polen	35,3	35-33	..	2,8
Rumänien	256	70	..	2,6
Slowakei	23,2	12-14	..	6,8
Slowenien	22,9	18	..	+0,5
Tschechien	20,8	8-11,5	..	+0,1
Ungarn ⁶⁾	22,5	22	..	7,5

¹⁾ Das Wechselkurskriterium bleibt hier unberücksichtigt. — ²⁾ Durchschnittswert der drei preisstabilsten Länder + 1,5 vH. —

³⁾ Durchschnittswert der drei Länder mit dem niedrigsten Zinsniveau + 2,0‰ Strenggenommen muß der Durchschnittszins der drei preisstabilsten Länder zugrunde gelegt werden. Dadurch erhöht sich das Zinskriterium auf 9,6%; Schweden rückt in die Gruppe der Länder auf, die zumindest ein Kriterium erfüllen. — ⁴⁾ Zins: Central Banks Rate, Dezember 1993. —

⁵⁾ Haushaltsdefizit: Nur Zentralstaat. — ⁶⁾ Haushaltsdefizit 1994.

Quellen: Die Tabelle wurde übernommen aus: Ákos Kengyal: „Az Európai Monetáris Unó megvalósításának hatásai és megvalósíthatatlanságának realitása“, Bigis Papers, Nr. 2, 1004, p. 56; World Economic Outlook May 1994, IMF; Economic Survey of Europe in 1994-1995, Economic Commission for Europe, United Nations, 1995.

4. Die Gefahren der Verzögerung des Prozesses. Vorschlag für die Einschaltung einer Mittelstufe

Wir können realistischere nicht damit rechnen, daß irgendein Land der Region schon bald vollrechtliches Mitglied der EU wird. Die Länder selbst sind darauf noch nicht hinreichend vorbereitet. Und was vielleicht noch wichtiger ist: Es sind auch keinerlei Anzeichen zu erkennen, daß die gegenwärtigen EU-Mitglieder zu einer schnellen Aufnahme der Region bereit wären. Es ist ziemlich wahrscheinlich, daß sich der Prozeß viele Jahre hinziehen wird. Die Aufnahme wird nicht auf einmal, sondern in Gruppen erfolgen, wobei man die Gruppen nach verschiedenen Kriterien auswählen wird. Ich will mich nicht aufs Raten verlegen oder Voraussagen wagen, welches Land wann aufgenommen wird. Ich möchte eher auf die Gefahren aufmerksam machen.

Es haben sich zwar nicht in allen, aber doch in einigen Ländern der Region wirtschaftliche und politische Spannungen angesammelt. Mit der Zeit, wenn die Verbindungen zur EU im öffentlichen Bewußtsein mehr in den Vordergrund treten werden, könnte auch der Widerstand gegen den Beitritt stärker werden. Ein Teil der Menschen befindet sich in einer nervlichen Zerreißprobe. Die pressure groups mit entgegengesetzten Interessen und die Lobbywirkung dürften erstarken, und das könnte die Verhandlungen erschweren. Es läßt sich nicht voraussagen, ob nicht in dem einen oder anderen Land politische Kräfte mit nationalistischer, isolationistischer und antieuropäischer Einstellung die Regierungsmacht übernehmen.

Für den Außenstehenden ist der Prozeß der Beitrittsvorbereitung unübersichtlich und kompliziert. Das begünstigt diejenigen, die innerhalb und außerhalb der Region den Beitritt hinauszögern und verschieben möchten.

Die mittel- und osteuropäischen Beobachter haben den Eindruck gewonnen, daß es in den EU-Mitgliedsländern von zwei Richtungen her Widerstand geben könnte. Zum einen, wie schon erwähnt, von seiten der weniger entwickelten Mitgliedsländer, die befürchten, daß die neu hinzukommenden Mitglieder einen großen Teil der ohnehin nicht reichlich bemessenen Mittel der Strukturfonds und des Kohäsionsfonds erhalten werden und ihnen dann weniger bleibt, und zum anderen von seiten der reicheren Mitglieder, die den Druck einer Erhöhung des bisherigen Budgetbeitrages scheuen. Sie befürchten, die neuen und die auch bisher ärmsten Mitglieder werden sich an sie hängen und ihnen fiskale Belastungen bringen. Es sind die gleichen Länder, die sich auch vor der Migrationsauswirkung fürchten. Schließlich gibt es in jedem Mitgliedsland auch Widerstand gegen eine eventuelle Konkurrenz, die die neuen Mitglieder in den „empfindlichen Zweigen“ verursachen können.

Hinsichtlich der weiteren Schritte gab es schon vielerlei Vorschläge (Bofinger 1995; Stehn 1994). Ich möchte die Gelegenheit dieses Forums, auf dem hervorragende Experten der EU-Osterweiterung anwesend sind, nutzen, um selbst einen Vorschlag zu unterbreiten.

Meiner Ansicht nach sollte anstelle des Prozesses, bei dem die Länder der Region aus dem Status eines assoziierten Mitglieds geradewegs, aber voraussichtlich nach einer langen Vorbereitungsperiode, in den Status der Vollmitgliedschaft übergehen, eine Mittelstufe eingefügt werden. Ich möchte diese Mittelstufe als „external membership“ bezeichnen, sie könnte aber auch anders genannt werden. Die Bezeichnung ist nicht wichtig, auf den Inhalt des Gedankens kommt es an. Und der besteht im wesentlichen darin, daß dieser Status auf halbem Wege zwischen der bisherigen assoziierten Mitgliedschaft und dem Status der nur in ferner Zukunft erreichbaren Vollmitgliedschaft liegt. Die Ausarbeitung der Details erachte ich nicht als meine Aufgabe, vielmehr möchte ich einige Grundgedanken hervorheben:

- Beginnen wir mit dem heikelsten Punkt: Dem externen Mitglied würden aufgrund der gleichen Kriterien nicht so hohe strukturelle und kohäsionspolitische Subventionen zustehen wie den Vollmitgliedern. In dieser Frage sollte es einen eindeutig formulierten Kompromiß geben. Die reicheren EU-Mitglieder würden etwas mehr in das Budget zahlen als bisher, und die ärmeren bisherigen EU-Mitglieder würden etwas weniger als bisher erhalten. Das externe Mitglied bekäme weniger als das bisher an der Subvention teilhabende derzeitige Vollmitglied — doch auch das wäre eine Unterstützung bei der Anpassung an die EU.
- Das externe Mitglied darf sich nicht an der Beschlußfassung beteiligen. Doch es wäre aus dem Prozeß der Entscheidungsvorbereitung und Beschlußfassung nicht mehr in dem Maße ausgeschlossen wie bisher. Zum Beispiel könnte es mit beratendem Recht an jenen Sitzungen teilnehmen, deren Beschlüsse Auswirkungen auf das externe Mitglied haben. Die zuständigen Organe der EU wären verpflichtet, vor der Beschlußfassung die Meinung des externen Mitglieds zu hören.
- Für einen gut definierten Bereich von Waren bliebe eine gewisse Beschränkung bestehen, der Bereich wäre aber kleiner als bei der assoziierten Mitgliedschaft.
- Die Beschränkungen für den Kapitalverkehr müßten aufgehoben werden. Das würde die Investoren ermutigen. Gleichzeitig blieben die Migrationschranken erhalten, was die Länder beruhigen würde, die sich vor Zuwanderungen fürchten.
- Bedingungen für die externe Mitgliedschaft wären der partielle Abschluß der Rechtsangleichung und ein überschaubarer Terminplan für deren vollständige Durchsetzung.
- Wenn das Land externes Mitglied wird, ist eine Frist für den Erwerb der Vollmitgliedschaft festzusetzen. Für die Vergabe der externen Mitgliedschaft muß keine einheitliche Frist festgelegt werden. Das eine Land kann diesen Status früher, das andere später erreichen. Ein Ansporn wäre es, wenn alle Länder der Region wüßten, daß sie die mit auf der Hand liegenden Auswirkungen

verbundene externe Mitgliedschaft innerhalb einer relativ kurzen Zeit erwerben könnten. Natürlich wäre dieser Status weniger als die Vollmitgliedschaft, aber sein Inhalt wäre fest umrissen, eindeutig und ginge mit vielen Vorteilen einher. Außerdem würde die externe Mitgliedschaft eine klare Perspektive darstellen und das Land auf einen „membership track“ bringen. Der Vorschlag wäre auch dann realisierbar, wenn sich Ausnahmen ergeben, zum Beispiel wenn ein Land die Vorbereitung so schnell vollzieht, daß es die Mittelstufe überspringen kann.

Ich weiß nicht, welches Echo der Vorschlag finden wird, von dem übrigens einzelne Elemente auch schon in anderen Empfehlungen enthalten waren. Ich rechne damit, daß

es in Mittel- und Osteuropa Politiker und Experten geben wird, denen er zu wenig bringt, die vielmehr das Prinzip „alles oder nichts“ vertreten. Andere werden — im Osten wie im Westen — nicht darüber erfreut sein, weil sie mit der Verlängerung des Übergangs zur Vollmitgliedschaft eigentlich darauf aus sind, die Region Mittel- und Osteuropa vollständig draußen zu halten. Ihren Beanstandungen würde die Einführung einer transparenten und real erreichbaren Mittelstufe den Boden entziehen.

Ich meinerseits fürchte mich am meisten vor einer unbestimmten zeitlichen Verschiebung, die sich auf Detail-schwierigkeiten beruft. Damit würde nur der Nationalismus begünstigt, der die Region vom Westen isolieren will. Mit dieser Befürchtung und Ermahnung möchte ich meinen Vortrag schließen.

Literaturverzeichnis

Bofinger, P. (1995): „The Political Economy of the Eastern Enlargement of the EU“, CEPR, Discussion Paper Series, Nr. 1234.

Drábek, Z., A. Smith (1995): „Trade Performance and Trade Policy in Central and Eastern Europe“, CEPR, Discussion Paper Series, Nr. 1182.

Faini, R., R. Portes (1995): „Opportunities outweigh adjustment: The political economy of trade with Central and Eastern Europe“, in: *Faini, R. and R. Portes* (Hrsg.), *European Union trade with Eastern Europe: adjustment and opportunities*, CEPR.

Stehn, J. (1994): „Stufen einer Osterweiterung der Europäischen Union“. In: *Die Weltwirtschaft*, Nr. 2.